Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 12. Januar 1881. Nr. 18.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 11. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Minister von Kameke, Bitter, Maybach und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Präsident macht Mittheilung von dem am 1. Januar erfolgten Ableben des Abg. von Watzdorff.

Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Vom Justizminister ist eine vergleichende Uebersicht über die Kosten der Justizverwaltung vor und nach der Justizreorganisation eingegangen.

Tagesordnung:

I. Berathung des 32. Berichts der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1879/80.

Auf den Antrag des Abg. Freiherrn von Minnigerode wird der Staatsschulden-Kommission Decharge ertheilt.

II. Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Erwerb und weiteren Ausbau der Rhein-Nahe-Eisenbahn.

Abg Dr. Hammacher hat wesentliche Bedenken gegen die Vorlage. Der Landtag werde es gegenüber der Werthlosigkeit dieses Eisenbahn-Unternehmens kaum verantworten können, für dasselbe ein Kaufgeld von 6½ Millionen Mark zu bewilligen. Man werde deshalb in der Kommission erst den Werth der Bahn feststellen und weiter prüfen müssen, ob die Bahnverwaltung nicht auf gesetzlichem Wege angehalten werden könne, das zweite Bahngeleise zu bauen. Die Bahnverwaltung müsse solche Einrichtungen treffen, welche dem Zwecke des Unternehmens genügen. Bei der Ertheilung der Konzession sei ausdrücklich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß durch die Anlage der Rhein-Nahebahn das Interesse der Landesvertheidigung wesentlich gefördert würde. Die Regierung habe also die Pflicht, zunächst mit Zwangsmaßregeln gegen die Bahnverwaltung vorzugehen, und beantrage er, Redner, die Verweisung der Vorlage an die Kommission zur Vorberathung der Sekundärbahnvorlagen.

Abg. Schreiber hat ähnliche Bedenken gegen die Annahme der Vorlage, doch sei seine (die konservative) Partei bereit, derselben ihre Zustimmung zu geben, sobald die Prüfung in der Kommission ergeben sollte, daß auf anderem Wege der Zweck, der mit dem Ankauf verbunden werde, nicht zu erreichen sei. Seine Partei wolle unter allen Umständen die Regierung in die Möglichkeit versetzen, ein zweites Bahngeleise zu bekommen, in erster Linie müsse aber auch sie für Anwendung von Zwangsmaßregeln eintreten.

Eisenbahnminister Maybach betont, daß die Regierung auf die Brücke des Ankaufs nur deshalb getreten, weil sich kein anderer Ausweg, den Besitz eines zweiten Geleises zu erlangen, geboten habe. Die Geschichte dieses Eisenbahn-Unternehmens sei seit seiner Entstehung keine sehr erfreuliche, der Staat habe erhebliche finanzielle Mittel für dasselbe opfern müssen. Auf der anderen Seite dürfe man aber doch auch nicht vergessen, daß das Unternehmen in gefahrvollen Zeiten große Dienste geleistet habe. Die Nothwendigkeit und Dringlichkeit für die Anlage eines zweiten Geleises sei von den gewichtigsten Autoritäten betont worden. Was den gesetzlichen Zwang anlange, so sei nicht unbeachtet zu lassen, daß die Rhein-Nahebahn zu einem großen Theil nicht durch Preußen, sondern durch Oldenburg führt. Komme es zur Expropriation, dann müsse der Staat schwere Entschädigungssummen zahlen; jedenfalls aber sei dies auch nicht der Weg, der am schnellsten zum Ziele führt. Mit Zwangsmaßregeln gegen die Gesellschaft vorzugehen, würde keinen Effekt haben, denn die Gesellschaft sei vollständig außer Stande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Minister glaubt nicht, daß die Kommission einen anderen Ausweg finden werde, um die Angelegenheit zu einem baldigen befriedigenden Abschluß zu führen, damit die Sicherheit des Landes nicht leidet.

Abg. v. Eynern würde schon heute sich für die Annahme der Vorlage aussprechen, wenn nicht in Betreff des Preises erhebliche Bedenken dem entgegenständen. Er hält übrigens die Angelegenheit nicht so dringlich, daß nicht neue Unterhandlungen mit den Aktionären stattfinden könnten.

Kriegsminister v. Kameke: Der Nachweis der Dringlichkeit werde in der Kommission hinreichend geführt werden. Er seinerseits wolle hier nur konstatiren, daß auch von der Militär-Verwaltung die Dringlichkeit der Anlage eines zweiten Geleises durchaus zuerkannt werde. Die Staatsregierung habe seit dem Jahre 1870 fast jedes Jahr im Staatsministerium die Bitte um Schaffung eines zweiten Bahngeleises laut werden lassen. Wenn gesagt worden, man konnte noch zehn Jahre die Sache auf sich beruhen lassen, so möchte er doch darauf verweisen, daß auf derjenigen Seite, gegen die wir uns vertheidigen wollen, die größten Opfer für die Verstärkung der Armee gebracht werden, und daß dieser Nachbar bereits in einen Vertheidigungszustand gekommen ist, der uns zwingen dürfte, auch unsererseits an die Verstärkung unserer Westgrenze heranzutreten. Er bitte das Haus, die Vorlage zu genehmigen.

Abg. Dr. Reichensperger (Olpe) hegt ebenfalls den lebhaften Wunsch, daß diese Bahn vom Staate erworben werde. Entscheidend für ihn sei die strategische Rücksicht. Er glaube, es mache sich Niemand eine Illusion darüber, daß die Regierung mit Besorgniß unsere Westgrenze im Auge behalten müsse. Durch die Erwerbung von Straßburg und Metz sei eine andere Situation geschaffen; unser westlicher Nachbar mache ganz außerordentliche Anstrengungen nicht blos zur Erhöhung seiner Vertheidigungsmittel, sondern auch seiner Angriffsstärke. Man müsse im Auge behalten, im gegebenen Augenblicke eine große Anzahl von Truppen an die Grenze werfen zu können, weil zwischen den mächtigen Bollwerken von Metz und Straßburg eine große Lücke besteht. Redner verweist sodann darauf, daß sich die Aktien dieser Bahn größtentheils in den Händen großer Bankinstitute befinden und daß den kleinen Aktionären durch eine größere Abfindungssumme ein Vortheil nicht erwachse. Er wünsche, daß die Bahn gekauft werde; er glaube auch nicht, daß der Regierung ein Zwangsmittel, die Bahn zu einem billigeren Preise zu erwerben, zur Verfügung steht, aber er hoffe, daß die Erörterungen in der Kommission dennoch einen Fingerzeig dafür geben werden, wie die zu hoch gespannten Erwartungen der Aktienbesitzer herabgestimmt werden möchten.

Abg. Büchtemann schließt sich den Ausführungen des Abg. Hammacher an und sucht den Nachweis zu führen, daß die Regierung berechtigt sei, die Verwaltung der Rhein-Nahebahn zur Anlegung des zweiten Geleises anzuhalten.

Die Vorlage geht hierauf an die zur Vorberathung der Sekundärbahnvorlagen gewählte Kommission.

Es folgt

III. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das Pfandleihgewerbe.

Abg. Grumbrecht beantragt, den Entwurf an die durch 7 Mitglieder zu verstärkende Justiz-Kommission zu überweisen. Dieser Antrag rechtfertige sich aus wichtigen rechtlichen und wirthschaftlichen Bedenken gegen die Vorlage. So sei die Vergütung der Pfandleiher eine viel zu geringe, namentlich mit Rücksicht auf die großen Geschäftskosten. Wird diese Vergütung nicht erhöht, dann würde die Reellität des ganzen Geschäftes gefährdet und dem Rückkaufswesen Vorschub geleistet. Er müsse sich schon jetzt gegen den § 1 erklären. Ferner wünsche er, daß die Legitimation der Pfandscheinempfänger schärfer betont werde, als es im Gesetz der Fall sei.

Abg Zelle betont, daß er der Einzige sei, welcher sich für das Gesetz zum Worte gemeldet habe. Dies beweise, daß die Fortschrittspartei nicht immer eine negirende Stellung einnehme. (Aha! rechts.) Obgleich er für die Gesetzesvorlage sei, werde er doch für den Grumbrecht'schen Antrag stimmen, um an einzelnen Stellen derselben nothwendige Verbesserungen herbeizuführen und Lücken auszufüllen. In ersterer Beziehung wünsche er, daß die Frage der Einschreibegebühr, welche vom Herrenhause gestrichen sei, nochmals in ernste Erwägung gezogen werde. Eine Lücke finde er in dem Umstande, daß über die Disposition des nach Verkauf und Deckung der Kosten der Pfänder überschüssig gewordenen Geldes keine Bestimmung getroffen werde.

Abg. Simon v. Zastrow hält die in der Vorlage vorgeschlagenen Zinssätze für zu hoch. Er verkenne nicht, daß an kleinen Pfändern der Gewinn ein sehr geringfügiger sein werde, das könne ihn aber nicht veranlassen, für die Bewilligung wucherischer Zinsen zu stimmen. Dagegen sei er damit einverstanden, daß die Pfandleiher von einer Reihe drückender Beschränkungen und Kontrolmaßregeln befreit würden.

Abg. v. Heppe erklärt sich aus gleichen Gründen gegen die Vorlage, indem er ebenfalls die Erhöhung der Zinssätze nach seinen Erfahrungen in Berlin für bedenklich hält. Es würde sich empfehlen, die Sätze für größere Pfänder zu ermäßigen.

Geh. Ober-Justizrath Kurlbaum II. erklärt sich Namens der Regierung mit der kommissarischen Berathung einverstanden.

Der Entwurf wird hierauf an die durch 7 Mitglieder verstärkte Justizkommission verwiesen.

IV. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das Höferecht im Kreise Herzogthum Lauenburg.

Abg. Berling, der sich im Prinzip mit der Tendenz der Vorlage einverstanden erklärt, beantragt, die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen.

Abg. v. Rauchhaupt: Die anderweite Regelung des bäuerischen Erbrechts sei von der Fortschrittspartei in einer Weise ausgebeutet, daß er sich für verpflichtet halte, vor dem Lande zu dieser Frage nochmals Stellung zu nehmen. Er müsse Protest einlegen gegen die seiner Partei untergeschobene Absicht, als wolle sie blos für den Bauernstand das Erbrecht in der Richtung regeln, wie es der bekannte Antrag v. Schorlemer bezweckt. Er glaube es aussprechen zu müssen, daß diese Grundsätze für den gesammten Grundbesitz nothwendig sind. Deshalb lege er auch keinen Werth darauf, daß die landtagsfähigen Rittergüter von diesem Erbrecht ausgeschlossen werden. Die konservative Partei wolle keine Beschränkung der Testirfähigkeit, sie wolle nur dem Bauernstande das Bewußtsein für die Erhaltung des Besitzes in der Familie möglichst wach erhalten.

Abg. Dr. Hänel: Die Ausführungen des Vorredners seien stark mit oratorischen Ausschmückungen durchflochten. Wie komme der Vorredner zu seiner Apostrophe an die Fortschrittspartei? Er müsse doch wissen, daß er sich niemals prinzipiell gegen die Einrichtung der hannoverschen Höferollen erklärt habe. Die Fortschrittspartei stehe in Wahrheit auf dem Standpunkte der preußischen Gesetzgebung vom Anfange dieses Jahrhunderts, die doch unserem Bauernstande und unserer wirthschaftlichen Entwicklung nicht zum Schaden gereicht habe. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt gesagt hätte, die Fortschrittspartei sei die Repräsentantin jener großen Entwickelung, dann würde sie sich dies gefallen lassen (Heiterkeit), die Ausführungen des Herrn v. Rauchhaupt seien nichts wie Künstlichkeit und Uebertreibung. Die Fortschrittspartei wolle nichts weiter, als die Aufrechterhaltung der Dispositionsfähigkeit der ländlichen Besitzer. Der Zweck, den Sie (zur Rechten) verfolgen, ist durch die Höferolle nicht einmal zu erreichen. Die Höferolle wird nur da segensreiche Folgen ausüben, wo nach hergebrachter Tradition und Sitte die Familie selbst von dem Bewußtsein der Aufrechthaltung des Besitzes durchdrungen ist. Die Konservativen würden die Fortschrittspartei an ihrer Seite haben, wenn sie in gleicher Weise, wie jetzt für das bäuerliche Erbrecht, für die Umwandlung der Fideikommisse eintreten würden.

Abg. v. Schorlemer-Alst hält diese Vorlage auch nicht für eine Erfüllung des vorjährigen Beschlusses des Hauses. Er wolle nicht den Bauernstand unnöthig bevormunden, der Staat fürchte sich ja unter liberalem Einfluß gar nicht, die Kommunen und die Katholiken zu bevormunden, aber die Zustände des Bauernstandes in der für denselben günstigsten Provinz Westphalen dränge darauf hin, daß es nothwendig sei, einzugreifen. Aus einem stetig gemachten Bauernstande sei noch nie ein Proletariat hervorgegangen, wohl aber aus der Zersplitterung, die die Fortschrittspartei so sehr begünstigte. Selbst die Fortschrittspartei, die eigentlich für unbedingte Theilbarkeit des Grundbesitzes sei, werde von den bäuerlichen Wählern heute schon nach einem staatlichen Schutze für das Erbrecht gedrängt, und wolle nun entgegen ihrem eigentlichen Prinzip, wo Tradition und Sitte darauf hinweise, das Höferecht annehmen. Nun in Westphalen sprächen diese beiden Faktoren gewiß dafür, da würden wir ja sehen, wie die Fortschrittspartei stimmt. Die Frage, die hier vorliegt, ist sehr wichtig und gipfelt darin: „Retten Sie den Bauernstand". (Beifall. Rufe: Sehr gut! rechts.)

Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius: Er müsse den Vorwurf der Säumigkeit, den der Abg. v. Schorlemer der Regierung gemacht, zurückweisen. Eine große Zahl von Provinziallandtagen habe sich gegen den Antrag v. Schorlemer ausgesprochen, auch sei das ganze Material so vielseitig, daß eine gründliche Sichtung erforderlich sei. Die verschiedenen Interessenten seien sehr verschiedener Ansicht über die Angelegenheit, deshalb seien die gesetzgeberischen Vorarbeiten noch nicht soweit gediehen, um in diesem Jahre eine Vorlage machen zu können, dies könne vielleicht im nächsten Jahre geschehen, die Vorlage werde dann aber mehr dem hannoverschen Höferecht, als dem Antrage v. Schorlemer ähnlich sehen. Die Streichung der Eintragungsfähigkeit der Rittergüter halte er für keine Verbesserung der Vorlage.

Abg. Parisius freut sich, daß die Provinziallandtage auf Seite der Fortschrittspartei in dieser Frage ständen.

Abg. Frhr. von Minnigerode: Die Herren von der Fortschrittspartei hätten entschieden Unrecht, wenn sie glaubten, sie gehörten in diesen bäuerlichen Erbrechtsfragen zur Majorität im Lande. (Sehr gut!) Man solle doch nur an die Waldgemeinheitstheilung denken, wie die gewirkt habe, dann werde man wissen, wie die Fortschrittspartei es jederzeit gewesen, die destruktive Tendenzen verfolgt habe, die nicht die der Majorität gewesen sind. (Sehr gut! rechts.) Merkwürdig sei es, daß gerade der Brandenburger Provinziallandtag, dieser Provinz, die doch stets als Domäne der Fortschrittspartei betrachtet werde, sich für diese Gesetzgebung ausgesprochen habe. (Sehr gut) Daß dies von dem Großgrundbesitz Ostpreußens nicht geschehen, könne Niemand wundern, da dieser bekanntlich fortschrittlich sei. Wenn sich die Freunde der Maßregel bisher auf den Kleingrundbesitzer beschränkt hätten, so liege dies darin, daß man hätte den Schein vermeiden wollen, daß man etwas pro domo suche. Diese Frage kann sich nur langsam entwickeln, je langsamer vielleicht desto stetiger, er glaube aber, daß ihr die Zukunft gehört. (Beifall.)

Abg. Schorlemer sucht nochmals nachzuweisen, daß gerade für Westfalen sein Vorschlag der beste sei, den man machen könne, so schwierig wie der Minister die Sache dargestellt, sei sie lange nicht.

Minister Dr. Lucius weist aus einem inzwischen eingeholten Aktenstücke nach, daß in Westfalen nicht, wie behauptet, ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes, weder nach Zahl der Höfe noch des Gesammt-Umfanges stattgefunden habe.

Abg. Dr. Windthorst geht in wohlwollender Weise auf die Einzelbestimmungen der Vorlage ein; die wohlthätige Wirkung, die das Höferecht in Hannover gezeigt, liege in der ganzen früheren hannoverschen Gesetzgebung. Die ländliche Bevölkerung wolle eben nichts von dem römischen Rechte wissen, das solle sich der Herr Justizminister merken.

Hierauf wird die Vorlage in erster und zweiter Berathung nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen.

Nunmehr folgt die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnadenquartal.

Dieser wird ohne erhebliche Diskussion mit einigen redaktionellen Aenderungen und dem Zusatze des Abg. Weyrauch, die Bestimmung über das Gnadenquartal auch auf die zur Disposition stehenden Beamten auszudehnen, definitiv angenommen.

Die Sitzung wird sodann vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Petitionen.

Deutschland.

Berlin, 11 Januar. Während ein [illegible]sches Telegramm des „Diritto" die ableh[illegible] Antwort des griechischen Ministerpräsidenten Kum[illegible]duros auf den französischen Schiedsgerichtsvorschlag mitzutheilen weiß, die den Krieg gerad zu ankündigt, wird von anderer Seite doch an die schließ-

lich friedliche Wendung der Dinge geglaubt. Wollte Griechenland freilich an der falschen Vorstellung festhalten, das Konferenzgutachten müsse Europas letztes Wort sein, so würde allerdings die Entscheidung durch die Waffen das letzte Auskunftsmittel bleiben. Die vom „Diritto“ gemeldete Antwort des griechischen Ministerpräsidenten an den französischen Gesandten wird indeß von Paris aus als aus einer früheren Zeitlage herrührend und der augenblicklichen Lage der Dinge in Athen nicht mehr entsprechend bezeichnet. Die Haltung der griechischen Regierung, so wird von Paris aus bemerkt, sei gegenwärtig viel entgegenkommender. Die Entscheidung wird wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen.

— Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat durch den dieser Tage erfolgten Tod ihres Mitgliedes v. **Watzdorff** einen schweren Verlust erlitten. Curt v. Watzdorff war am 28. Mai 1839 geboren, evangelisch und Gutsbesitzer in Wiesenburg, Regierungsbezirks Potsdam. Er war für den 7. Potsdamer Wahlkreis (Westhavelland, Zauch-Belzig) gewählt. 1867 war er Mitglied des konstituirenden Reichstages, dann desgleichen des norddeutschen Bundes und des deutschen Reichstages, und zwar bis zum Jahre 1874. Von 1871—74 gehörte er gleichfalls dem Abgeordnetenhause als Mitglied an.

— Die Geschäftslage des Hauses der Abgeordneten ist so weit gediehen, daß in der Budget-Kommission bereits in nächster Zeit die Frage des Steuer-Erlasses zu einem für das Haus vorbereitenden Abschlusse gebracht werden wird. Die bezüglichen Plenarverhandlungen werden dann unmittelbar folgen.

— Ueber den körperlichen Zustand des Grafen Harry v. Arnim berichtet der „B. B. C“: Graf Arnim ist der Auflösung nahe, da in Folge des Diabetes die Lungen ergriffen und die Kräfte in schneller Abnahme begriffen sind. Graf Hermann v. Arnim, sein Schwager, wie sein Sohn v. Arnim-Schlagenthin und seine Tochter sind telegraphisch an das Krankenlager beordert worden und bereits nach Nizza abgereist.

— Ueber die Vorräthe, welche zur Bearbeitung in der Buchbinderei des großen Generalstabes sich befunden haben, als das Feuer am Sonnabend Abend ausbrach, war auf das Sorgfältigste von der Registratur und dem Sekretariat Buch geführt worden; es konnte also schon am Sonntag Nachmittag festgestellt werden, daß durch den Brand nichts verloren gegangen ist, was sich nicht wiederherstellen ließe. Insofern darf also der Schaden als ein relativ geringfügiger angesehen werden, wenngleich der gesammte Verlust immerhin eine beträchtliche Höhe haben dürfte. Das verbrannte Material ist durch die Verlagshandlung Benecke und Schlenther, welche den Vertrieb der Reymann'schen Generalstabskarte übernommen hat, ohne Weiteres rasch wieder zu ersetzen.

Die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte gestern den Redakteur des Börsen-Couriers Robert Davidson wegen Beleidigung des Hofpredigers Stöcker durch einen am 27. Mai v. J. im Börsen-Courier veröffentlichten Artikel zu 150 Mark Geldstrafe.

Ausland.

Paris, 9. Januar. Trinquet ist heute in Paris aufgewacht, das erste Mal seit 10 Jahren. Und heute ist gerade der Tag der großen Gemeinderathswahl; Trinquet ist als Kandidat aufgestellt und hofft morgen als Gemeinderath, als Aedil der Weltstadt, aufzuwachen. Trinquet, der gewesene Schuster und Galeerensträfling; denn gestern ist er in dem Saale der Linden (des tilleuls) feierlichst zum „Prinzip“ erhoben worden: „Trinquet ist keine Persönlichkeit mehr, er ist ein Prinzip“. Trotzdem bleibt er immer noch eine „hohe Persönlichkeit der Kommune“, wie ich heute lese; und die Benennung „politischer Galeerensträfling“ will er hinfüro als Ehrentitel tragen. Denn Trinquet hat viel persönliche Würde und vor Allem einen langen weißen Bart, den er mit großem Wohlgefallen streicht. Er wird der Diplomat der Kommune werden; die Schützlinge des heiligen Crispinus sind einmal zu Allem zu gebrauchen. Es hat den Kommunarden in der That bis jetzt an einem anständigen Vertreter gefehlt. Rochefort ist zu ängstlich, Clovis Hugues persönlich zu unscheinbar, Canivet zu unsympathisch und Blanqui zu blödsinnig — wenn er überhaupt noch lebte; Louise Michel aber würde, selbst wenn die Kommune mit dem salischen Gesetze rechnete, niemals Vertreterin werden; sie gehört einem Geschlecht an, das selbst den Kommunarden ungenießbar ist, nämlich dem Geschlechte der Mannweiber. Trinquet aber hat Anstand und Selbstbewußtsein. „Am Tage der Gefahr und der Rache werde ich mit euch sein“, bemerkte er gestern.

Clemenceau soll von den Kommunarden, die Trinquet am Bahnhof abholten, ziemlich unhöflich behandelt worden sein; es wird erzählt, daß er im persönlichen Gespräch mit Louise Michel das Tischtuch zwischen sich und ihr durchgeschnitten habe. Heute in der „Justice“ verwahrt er sich gegen die falschen Auslegungen, die seine Abwesenheit von Blanqui's Leichenbegängniß gefunden; er sei stets Blanqui's Bewunderer gewesen! Indeß ist es begreiflich, daß ihn das Treiben der Intransigenten anwidert. Von seiner Schwenkung nach den Opportunisten hin ist schon längst die Rede. Scharfsichtige Beobachter wollen auch bemerkt haben, daß der früher magere Abgeordnete für Montmartre Fleisch angesetzt habe; wie die Reaktionäre sagen, die erste Bedingung für die Zulassung ins Palais Bourbon!

Provinzielles.

Stettin, 12. Januar. Zur Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens wegen der hypothekarischen Eintragung der durch Pfändung nicht beizutreibenden Grund- und Gebäudesteuer-Rückstände auf die Grundstücke der Schuldner hat der Finanzminister unterm 2. d. im Einverständniß mit der königlichen Ober-Rechnungskammer bestimmt, daß die Eintragung der Regel nach bei Rückständen, welche für das Hebungsjahr den Betrag von 3 M. nicht erreichen, unterbleiben kann, dagegen bei höheren Rückständen erfolgen muß. Jedoch kann auch bei höheren Rückständen von der Eintragung Abstand genommen werden, wenn die Annahme begründet ist, daß die Eintragung wegen Ueberlastung des Grundstückes oder aus sonstiger Ursache nicht zu einer Realisirung des Rückstandes führen würde. Soll aber bei einem Rückstande von 24 M. oder darüber die Eintragung unterbleiben, so bedarf es stets der zuvorigen besonderen Genehmigung der königl. Regierung. Die stattgehabte Eintragung eines Rückstandes ist in der Ausfallsliste an der betreffenden Stelle zu vermerken, die Unterlassung der Eintragung bei Beträgen von wenigstens 3 M. aber ebendaselbst durch kurze Angabe des Grundes zu motiviren.

— Bei den Navigationsschulen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern haben die nächsten Prüfungen der Schiffer und Steuerleute für große Fahrt zu beginnen: in Memel am 22. Februar d. J., in Grabow a. O. am 5. März, in Barth am 14. März, in Stralsund am 23. März, in Danzig am 1. April.

— In der Sonnabend-Sitzung des hiesigen Landgerichts wird sich der berüchtigte Einbrecher **Berndt** wegen seiner vielen in letzter Zeit verübten Verbrechen zu verantworten haben. Derselbe ist bekanntlich auf dem Transport von Naugard nach Stettin in Alt-Damm entsprungen und hat dann die Umgegend von Pasewalk durch seine mit großer Frechheit ausgeübten Einbruchsdiebstähle in Schrecken gesetzt.

— In der vergangenen Nacht hörte der Revierwächter auf der großen Oderstraße lauten Lärm, er begab sich dorthin und fand mehrere Personen, welche den Tischlergesellen Gustav **Grenz** festhielten; derselbe hatte mit dem Handlungsgehülfen v. N. Streit begonnen und demselben einen Messerstich in die Backe beigebracht. Der Wächter verhaftete den Grenz.

— Die zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurtheilten Kaufmann David **Stein** aus Lauenburg und Buchbinder Jakob **Seelig** aus Stolp sind in gestriger Nacht aus dem Gefängniß zu Stolp entwichen. Die „Zeitung für Hinterpommern“ schreibt darüber Folgendes: Die beiden Flüchtlinge hatten gemeinschaftlich eine im dritten Stock belegene Zelle inne. An dem Fenster derselben war eine der eisernen Traillen ausgebrochen, die, nach den Spuren zu schließen, nur unter Anwendung einer Feile durchsägt und entfernt worden ist. Durch die dadurch entstandene Oeffnung und vermittels einer starken Waschleine, die an einer anderen Traille desselben Fensters befestigt war, ist es den Beiden möglich geworden, an die frische Luft zu entkommen. Wie dieselben aber über die Mauer gelangt sind, läßt sich nicht anders denken, als daß sie durch Anlegen einer Wagenleiter oder dergleichen über die Mauer gestiegen sind. Hier haben jedenfalls schon, eine andere Annahme ist wohl völlig ausgeschlossen, Fuhrwerke zur Aufnahme und Fortschaffung der Flüchtlinge bereit gestanden. Ob nun auch Beide denselben Weg eingeschlagen haben, ist, so viel wir erfahren haben, noch nicht festgestellt, so viel aber steht fest, daß Seelig schon wieder heute Morgen in Gustkow bei Bütow festgenommen ist. Eine Bestätigung des Gerüchtes, daß Stein sich erschossen haben soll, bleibt auch noch abzuwarten. — Aus allen Nebenumständen läßt sich aber folgern, daß den Beiden von irgend einer Seite Hülfe zu Theil geworden ist, denn woher wären sie sonst wohl in den Besitz einer Feile und einer Waschleine gekommen? Von wem aber die Hülfe geleistet ist, ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden. Die diesbezüglichen Untersuchungen sind im vollen Gange.

Aus Sagard wird geschrieben: Am verflossenen Donnerstag Morgen ging ein junger Mensch durch die Stubbenitz-Waldung, in einer ungefähr gleichen Entfernung von etwa 2 Kilometern von Hagen und Stubbenkammer, auf dem Fußsteige, der von Stubbenkammer nach Saßnitz führt; plötzlich begann vor seinen Augen eine etwa 20 Meter hohe und wohl hundert Jahre alte Buche in den Boden zu sinken. Der Junge wollte anfänglich seinen Augen kaum trauen, aber die Thatsache stand fest, daß die erwähnte Buche bis auf 12 Meter ihrer Größe in die Erde versunken war, während der obere Theil des Baumes am Rand der entstandenen Höhlung entzwei brach. Mit dem Baume versank aber auch das ihn auf mehrere Meter in der Runde umgebende Erdreich in die Tiefe.

Kaum hatte sich dieses sonderbare Naturereigniß vor den Augen des erstaunten Knaben abgespielt, als ganz in der Nähe der versunkenen Buche das Erdreich zu weichen begann und bis auf 9 Meter Tiefe versank. Es hatte ein doppelter und in seiner Art sehr seltsamer Erdrutsch stattgefunden. Die beiden entstandenen trichterförmigen Löcher haben das Aussehen von Miniaturkratern, nur ist die Füllung nicht nach oben gegangen, sondern nach unten spurlos verschwunden. Die eine Oeffnung mag wohl 20 Meter im Durchmesser und eine Tiefe von 10 Metern haben, die andere wird circa 18 Meter Durchmesser und eine Tiefe von 8,50 Metern haben; zwischen beiden befindet sich ein etwa 4 Meter breiter Erdstreifen, der die beiden Klüfte von einander trennt. Die Erdschichten liegen vor den Augen; es sind keine Strecke, sondern durcheinander gemischte Lager von Kreide und gelbem, wahrscheinlich eisenhaltigem Kieselsand, wie sie vor undenklichen Zeiten durch eine vulkanische Gewalt einmal emporgewirbelt sein mochten. Die eine der Gruben ist vollständig trocken, in der anderen zeigt sich unten eine Spur von Wasser. Das Eigenthümliche an der Sache ist aber das Verschwinden der bedeutenden Sand- und Kreidemasse. Daß die Masse in eine unterirdische Höhlung versunken ist, unterliegt natürlich nicht dem geringsten Zweifel, aber wie und wodurch diese Höhlung entstand, das sind bis jetzt ungelöste Fragen. Der Ort, an welchem die beiden Erdrutsche stattfanden, ist ein kleiner Hügel, an dessen Fuße etwas Waldwasser steht, auch an der entgegengesetzten Seite fließt etwas Wasser, doch immerhin einige hundert Meter von dem bezeichneten Orte entfernt. Es dürfte nun wohl anzunehmen sein, daß ein unterirdischer Wasserdurchlaß sich gebildet und nach und nach die Erdschichten unter den eingesunkenen Stellen durchwaschen und ausgehöhlt hätte; aber es müßte das schon eine sehr beträchtliche Aushöhlung sein, denn die zähe Masse von Kreide, die sich in den beiden Schachten findet, giebt nicht so leicht nach und hätte sich wohl als Wölbung aufrecht erhalten, wenn unterhalb nicht eine sehr gähnende Kluft entstanden wäre, welche den Einsturz der oberen Schicht unbedingt nach sich gezogen hätte. Die Sache ist unter allen Umständen ein kleines geologisches Räthsel und verdient eine genaue Untersuchung und Erforschung.

Vermischtes.

— Der „N. A. Z.“ wird ein Plan russischer Nihilisten mitgetheilt, der uns indeß viel Humbug zu enthalten scheint. Sie läßt sich schreiben: Ein Uhrmacher, Namens Hutchinson, in Birmingham hat der russischen Botschaft in London Mittheilungen über ein angebliches Komplott, Höllenmaschinen für nihilistische Zwecke in England anfertigen zu lassen, gemacht. Er erzählt, daß er im April 1879 bei einem Geschäftsbesuch in London in einem Restaurant in Cheapside die Bekanntschaft zweier Ausländer — eines Russen und eines Deutschen — machte, die ihn, nachdem sie im Verlaufe der Unterhaltung vernommen, daß er Uhrmacher sei, zur Verfertigung gewisser Uhrwerke zu veranlassen suchten, die, wie er glaubt, entschieden für Vernichtungszwecke berechnet gewesen seien. Eine Höllenmaschine sollte arrangirt werden, daß sie unter der Erde vergraben werden könne; eine zweite Maschine sollte mit Haken am Boden eines Eisenbahnwaggons befestigt werden; eine dritte einfacherer Konstruktion unter einem Gartenweg vergraben werden. Eine vierte sollte die Form einer einfachen Dynamitbombe haben, gerade groß genug, um unter einem Sitzkissen verborgen zu werden. Die letzte von den Verschwörern projektirte Maschine schildert Hutchinson als die gefährlichste und wahrhaft diabolische. Dieselbe sollte gerade groß genug ausfallen, um in einem gewöhnlichen Blumenstrauß verborgen zu werden. Hutchinson glaubt, dieselbe sei dazu bestimmt gewesen, um bei einem festlichen Anlasse in den Wagen des Zaren geworfen zu werden. Die Fremden sollen eifrig bemüht gewesen sein, Hutchinson zu einem bestimmten Versprechen behufs Ausführung der Arbeit zu bewegen, und hundert Pfund Sterling für dieselbe angeboten haben. Hutchinson giebt an, den Auftrag entschieden zurückgewiesen zu haben. Die Unbekannten sollen die beiden mißlungenen Attentate gegen das Leben des Zaren auf der Moskauer Reise und im Winterpalast vorausgesagt und Hutchinson mit dem Tode bedroht haben, falls er den Verräther spiele. Hutchinson behauptet ferner, der Deutsche habe ihm mitgetheilt, daß er einer sozialistischen Verbindung angehöre, die es auf einen Anschlag auf das Leben des Deutschen Kaisers und des Fürsten Bismarck abgesehen habe. Nachdem er mit den Verschworenen eine kurze Zeit in brieflichem Verkehr gestanden, setzte sich Hutchinson mit der russischen Botschaft in Verbindung.

— Um ein Ohr wurde in der vorigen Woche vor einem New Yorker Gerichtshofe prozessirt. Es handelte sich um Kopfverletzungen, welche der Knabe Louis dadurch erhalten hatte, daß er von einem Wagen der Lexington-Avenue-Pferdebahn niedergeworfen worden war und durch welche er auf dem einen Ohre taub geworden ist. Die Geschworenen nahmen die Sache vom ersten Moment an aufs Ernsteste und obgleich sie die ganze Nacht brauchten, um sich zu einigen, so hatte doch ihre vorhergehende Uneinigkeit ihren Grund nicht etwa in einem Zweifel darüber, daß das betreffende Bahn-Monopol, welches so gewissenlos mit Leib, Leben und Gliedern seiner Mitmenschen verfährt, zu verurtheilen sei, sondern nur in der Unentschiedenheit über die Höhe der zu bewilligenden Schadenersatzsumme. Wie immer in solchen Fällen war dieselbe Seitens der klägerischen Partei auch diesesmal mit einer Liberalität bemessen, welche einiges Abhandeln nicht nur zur Möglichkeit, sondern sogar zur Pflicht machte. Und so trugen denn die Geschworenen dieser Pflicht mit derselben Gewissenhaftigkeit Rechnung, mit der sie die ganze Angelegenheit behandelt hatten. Sie sprachen die Bahn-Kompagnie schuldig und verurtheilten sie, statt zu den geforderten zweitausend Dollars, zu — sechs Cents!

— Auf der unter Leitung des Herrn Dr. Rieß stehenden inneren Abtheilung des städtischen Krankenhauses im Friedrichshain in Berlin fand vor einiger Zeit ein Tischler Aufnahme, der an Magen- und Darmentzündung (Ileus) litt. Trotz sorgfältiger Behandlung und trotz aller Bemühungen seitens der Aerzte starb er jedoch schon nach 8 Tagen. Bei der Obduktion, die der Prosektor am städtischen Krankenhause, Privatdozent Dr. Friedländer, vornahm, fand man, wie das „Berl. Tagebl.“ mittheilt, im Darme eingeklemmt einen großen, steinharten Fremdkörper, der einen vollständigen Darmverschluß bewirkt hatte, ferner im Magen eine kolossale Menge von Steinen, die im Ganzen ein Gewicht von 960 Gramm, also beinahe 2 Pfund, hatten. Alle diese Massen, welche offenbar die Todesursache des Patienten abgegeben hatten, erwiesen sich bei näherer Prüfung als — Schellack. — Wie ist nun der Schellack dorthin gekommen? Der Verstorbene war dem Trunke ergeben und trank den Alkohol in jeder Form. Als Tischler war ihm die bei der Tischlerei zum Leimen verwendete Politur zugänglich, die meistens aus einer Spiritus-Auflösung des Schellack besteht, und so wurde er aus Liebe zum Spiritus — Politur-Säufer. Im Magen selbst mußte natürlich eine Sezession der Politur wieder eintreten; der Spiritus wurde von der Magenwand resorbirt, während der Schellack niedergeschlagen wurde, und so entstanden die großen Konkremente im Magen, von denen einer in den Darm gelangte, Verschließung des Darmrohres und endlich den Tod des Individuums herbeiführte. Daß dasselbe seit Jahren der Leidenschaft fröhnte, außer enormen Quantitäten Schnaps auch die Politur zu trinken, ist schon bei Lebzeiten desselben von seiner Frau und seinen Mitgesellen den Aerzten mitgetheilt worden, allein letztere waren nicht mehr im Stande, den tödtlichen Ausgang der im äußersten Stadium angelangten Krankheit abzuwenden.

Kunst und Literatur.

Herr Alb. **Rosenthal**, der bekanntlich wieder die Direktion des Berliner Stadttheaters übernommen hat und auch den kommenden Sommer über im Elysium-Theater Ensemble-Gastspiele veranstaltet, hat in einer aus der Feder des hier ja gut akkreditirten Schauspielers **Mejo** stammenden Lustspiel-Novität „Ein Lustspiel aus dem Leben“ ein Zugstück ersten Ranges gefunden. Das nach dem Urtheil der gesammten Berliner Presse wirklich heitere Stück beherrscht bereits seit Neujahr das Repertoir der Berliner Stadttheater-Bühne und wird, wie man uns schreibt, wohl noch nicht so bald wieder abgesetzt werden. Uebrigens wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, unseren Lesern mitzutheilen, daß die Leistungen des Personals des Herrn Direktor Rosenthal in der gesammten Berliner Presse als ganz vorzüglich hingestellt werden und daß außer dem Schauspielhause es vielleicht keine zweite Berliner Bühne giebt, die im Lustspiel-Ensemble so Tadelloses leistet. Freuen wir uns deshalb auf den Sommer!

Telegraphische Depeschen.

Wien, 11. Januar. Meldung der „Polit. Korrespondenz“:

Aus Konstantinopel: Der Sultan hat die auf die Lösung der Arab-Tabia-Frage bezüglichen Protokolle ratifizirt und ferner ein Irade unterzeichnet betreffend die Verbindung des österreichisch-ungarischen Eisenbahnnetzes mit dem türkischen Eisenbahnnetze.

Wien, 11. Januar. Zu dem Briefe der „Agence Havas“ über die tunesische Frage bringt die „Neue Freie Presse“ aus bester Quelle die Mittheilung, daß die in jenem Briefe enthaltenen Angaben absichtlich entstellt seien. Das Blatt meldet ferner, daß französische Offiziere als Spahis verkleidet seit Monatsfrist Tunis kreuz und quer bereisen.

Frankreich befürchtet momentan, die nach Palermo gesendete tunesische Deputation könne mit Cairoli die Legung eines Kabels zwischen Tunis und Italien vereinbaren.

Wien, 11. Januar. Der gestrige Bauerntag in Linz war von ungefähr 3000 Bauern besucht. Es wurden die bekannten Resolutionen angenommen. Die Verhandlungen verliefen sehr ruhig. Sämmtliche Blätter konstatiren, daß die Bauern durchaus selbstständig vorgehen und keiner Partei zuneigen.

Dublin, 11. Januar. In dem Prozesse gegen Parnell und Genossen wurden heute die Plaidoyers und die Vernehmung der seitens der Regierung aufgestellten Zeugen beendet. Die Gerichtssitzung wurde darauf wegen Unwohlseins des Hauptvertheidigers bis Donnerstag vertagt.

Madrid, 11. Januar. Die Deputirtenkammer begann die Adreßdebatte. Leon y Castillo (liberal) warf der Regierung vor, eine Allianz mit nördlichen Mächten zu suchen und die Vortheile acceptirt zu haben, die sich für sie durch die diplomatische Unterstützung dieser Mächte gegenüber der französischen Demokratie ergaben. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte die Gerüchte von einer Allianz mit Deutschland formell für unbegründet. Die Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich seien niemals herzlicher gewesen als jetzt.

Kalkutta, 11. Januar. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Kandahar herrscht dort große Aufregung in Folge der Nachricht, die Engländer beabsichtigten, Kandahar zu räumen.

Konstantinopel, 11. Januar. Der „Vakit“ veröffentlicht ein von einem türkischen Diplomaten an die Pforte gerichtetes Schreiben, worin der Pforte angerathen wird, das Schiedsgericht absolut abzulehnen, Griechenland eine achttägige Frist zur Annahme der in der türkischen Note vom 3. Oktober angebotenen Gebietstheile zu stellen, für den Fall der Ablehnung aber die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abzubrechen und alle Griechen aus der Türkei zu vertreiben. Die Pforte müsse die gegenwärtige, für die Türkei günstige Stimmung der europäischen Mächte sich zu Nutze machen.